

mit Täglichen Unterhaltungs-Blatt
Illustrierter Familien-Zeitung
und illustriertem Witzblatt Ullk

Platz: Montag, 2. April 1921, 1. Frankfurter Allee 26, Frankfurt a. M.
Mittwoch, 4. April 1921, 1. Frankfurter Allee 26, Frankfurt a. M.
Freitag, 6. April 1921, 1. Frankfurter Allee 26, Frankfurt a. M.

Abonnementpreis in Gross-Berlin und vielen Orten der Provinz
Brandenburg, Pommern, Sachsen und Anhalt Mk. 1.00 wöchentlich.

Berschlesien ist unteilbar!

Die Note der deutschen Regierung an die Entente-Regierungen und die Doppelner J. R.

Die deutsche Regierung hat den Regierungen der Entente und der internationalen Kommission in Doppelner folgende Note übermittelt:
Die am 20. März vorgenommene Abstimmung hat nach den bisher vorliegenden Ergebnissen 717122 Stimmen für Deutschland und 483154 Stimmen für Polen ergeben.

Die überwiegende Mehrheit des ober-schlesischen Volkes hat sich für Deutschland entschieden. Die demokratischen Prinzipien verlangen, daß dieser Mehrheitswille zur Durchführung kommt. Durch die Union mit Ober-schlesien in der Lage sein, die Verfassung und Verwaltung seines Landes so einzurichten, wie es der besonderen Eigenart seiner Bewohner entspricht.

Das Ergebnis der Abstimmung ist um so bemerkenswerter, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchen Umständen und Bedingungen die Wahlhandlung stattgefunden hat. Zunächst muß hierbei erneut darauf hingewiesen werden, daß nach Artikel 13 Absatz 2 des Wahlgesetzes vom 30. Dezember 1920 alle erst seit 1904 in Deutschland wohnhaft gewordenen Polen in ihrer Wahlberechtigung beschränkt sind.

Jede andere Lösung würde auch dem Friedensvertrage zuwiderlaufen, der im Gegensatz zu den Vorlesungen über die Abstimmung die Entscheidung eine Teilungs-möglichkeit nicht vorsieht.
Die Teilung des gesamten ober-schlesischen Gebietes an Deutschland wird eine parteipolitische Minderheit in diesem Teile des Reiches belassen. Die deutsche Regierung ist bereit, der polnischen Regierung alle Garantien zu bieten, die zum Schutz der Minderheiten erforderlich erachtet werden.

Wenn trotz des mit der Raubausstellung der Entente einmündigen Einverständnisses und trotz der wirtschaftlichen Vorteile, die sich aus der Abstimmung ergaben, hinter einer deutschen Zweiteilung des Gebietes, in die sich das ober-schlesische Volk, zum Deutschen Reich zu gehören, nicht mehr zu entscheiden. Die Abstimmung kann deshalb als die endgültige Entscheidung angesehen werden.

Die Verhandlungen der Bergarbeiter mit der Regierung sind abgebrochen worden infolge der Ablehnung der Bergarbeiter, die Pannemannschaften zu gestalten, die Arbeit wieder aufzunehmen, es sei denn, daß das Kohlenfeld den Bergleuten im Hinblick auf ihre jetzige außerordentlich schwierige Lage Garantien schafft.

Über auch in sich bildet das ober-schlesische Wirtschaftsgelände ein einheitliches Ganzes. Die landwirtschaftlichen und industriellen Zentren ergänzen sich und ergänzen sich in einer für die Produktion vorteilhaften Weise die verschiedenen Industriezweige untereinander. So bildet die ober-schlesische Industrie einen auf natürlichen Grundlagen aufgebauten, in seiner Vollkommenheit höchst komplizierten Organismus, in dem einzugreifen nicht möglich ist, ohne das Ganze schwer zu schädigen und sich in aufgelöste Teile der Verleumdung preiszugeben.

Lloyd George warnt...
Seine nachmittags verfaßte Lloyd George im Unterhause die Weisung des Bergarbeiterverbandes, auszulassen, daß die mit den Arbeiten an den Bergwerken betrauten Arbeiter ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Bevor man nicht ein allgemeines nationales Arbeitsgesetz angenommen habe und bevor nicht die Gewinne der Bergwerke kommunalisiert werden.

Aufgabe der Raatsmännchen Entscheidung, für welche die Volksabstimmung die Grundlage bieten soll, kann es unmöglich sein, diese durch laufende Entwicklung geschichtlichen Zusammenhänge zu zurechtfinden und unter schmerzlicher Erinnerung an die schmerzlichen Erfahrungen, die aus dem letzten Weltkrieg hervorgegangen sind, ohne das Ganze schwer zu schädigen und sich in aufgelöste Teile der Verleumdung preiszugeben.

Der Ausschuss hat sich an dem ober-schlesischen Volk, das durch Sprache, Religion und Kultur durch gemeinsame Geschichte untrennbar miteinander verbunden ist.
Aufgabe der Raatsmännchen Entscheidung, für welche die Volksabstimmung die Grundlage bieten soll, kann es unmöglich sein, diese durch laufende Entwicklung geschichtlichen Zusammenhänge zu zurechtfinden und unter schmerzlicher Erinnerung an die schmerzlichen Erfahrungen, die aus dem letzten Weltkrieg hervorgegangen sind, ohne das Ganze schwer zu schädigen und sich in aufgelöste Teile der Verleumdung preiszugeben.

Berschärfte Krise in Preußen.

Kein Block von Scheidemann bis Stresemann. - Sozialistische Vorwürfe gegen die Volkspartei. - Was nun?

Die Unmöglichkeit eines Zusammenkommens von Deutscher Volkspartei und Mehrheitssozialisten in einem Kabinett scheint offenbar an Zentrum und Demokraten ein Schreiben gerichtet, das folgenden Inhalt hat:
„Terrain Jonbieren“ sollte. Dies Erklärungs-schreiben wird von der Volkspartei unter Bruch der Vertraulichkeit veröffentlicht und gleichzeitig in der Presse abgedruckt. Das Schreiben der Sozialisten, das von den Fraktionsvorsitzenden Siering unterzeichnet war, lautet:

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages ist zugegen, nach dem Inhalt der Erklärung, die sie am 2. April 1921 in meinem Namen und dem der Kollegen Linberg und Seimann in Berlin abgegeben hat, mit dem in Berlin anwesenden Fraktionsvorsitzenden zur Regierungsbildung in Preußen folgendes mitteilen:
Sie wissen, daß die sozialdemokratische Fraktion in Preußen einstimmig beschlossen hat, mit der Deutschen Volkspartei zusammen nicht in die Regierung zu gehen, sondern an der alten Koalition festzuhalten. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten haben sich infolgedessen auf den Standpunkt gestellt, daß eine Erweiterung der Koalition nach rechts geboten sei.

1. Alle Koalitionsparteien stellen sich in ihrer parlamentarischen und agitatorischen Tätigkeit für und ungewollt auf den Boden der demokratischen und republikanischen Verfassung des Reiches und Preußens.
2. Die Demokratisierung der preussischen Verwaltungsgesetze und des preussischen Verwaltungskörpers wird in republikanischer Weise in der Weise wie bisher fortgesetzt.
3. In den letzten Monaten ist es der Arbeit des Finanzministeriums gelungen, entgegen früheren Ankündigungen die Unrechtmäßigkeit unlangfristiger Anleihe des ehemals regierenden Landes Bankguthabens zu klären. Diese Arbeit muß in gleichem Maße fortgesetzt werden.
4. Beim Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung müssen unter den Ministern, die mit sozialdemokratischen Ministern besetzt werden, unbedingt sein: das Ministerpräsident, das Ministerium für Landwirtschaft.

Wir bemerken noch einmal, daß es sich um eine rein parlamentarische Entscheidung handelt. Der Beschluß der Fraktion, in keine Regierung mit der Deutschen Volkspartei zu gehen, besteht unverändert fort. Inmehrin kommt eine Erklärung der Deutschen Volkspartei den vier formulierten Bedingungen unserer Meinung nach für eine eventuelle Stellungnahme unserer Fraktion von Wert sein. Wir wären Ihnen deshalb dankbar, wenn Sie eine Entscheidung der Deutschen Volkspartei über diese Fragen herbeiführen wollen.

Die Entscheidung ist am Mittwoch bereits gefallen. Nach den Presseberichten hat die sozialdemokratische Fraktion die Bedingungen einstimmig abgelehnt. Das offizielle Parteiorgan, die „National-liberale Korrespondenz“ verurteilt die Stellung der Volkspartei in schlechtem Deutsch wie folgt:

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei ist in der Ablehnung, auf dies Schreiben irgendeine eingehen, einmütig gewesen. Ganz abgesehen davon, daß es sich bei dem Schreiben des Abgeordneten Siering nicht um eine Verurteilung der sozialdemokratischen Fraktion, sondern, wie er selbst hervorhebt, um eine „ganz unvermeidliche“ Beurteilung dieses Abgeordneten handelt, ganz abgesehen davon, daß die Form und Fassung der von der Deutschen Volkspartei gestellten Fragen mindestens ungewöhnlich ist, bereit ungewöhnlich, daß die Deutsche Volkspartei wohl berechtigt wäre, schon um deswillen ein Eingehen auf den sachlichen Inhalt des Schreibens abzuweisen, von all diesen ganz abgesehen, lediglich auf ihr Programm und ihr Wirken in der Öffentlichkeit zu verweisen. Das Programm gibt über die Ziele, die Erklärungen der Fraktion über die Stellung der Deutschen Volkspartei zu den Fragen der Gegenwarts- und zukünftigen Politik völlig klaren Aufschluß. Darüber hinausgründliche Erklärungen abzugeben, liegt für die Fraktion kein Anlaß vor.
Daß die sofortige Bildung einer aktionsfähigen Regierung in Preußen dringend notwendig ist, erkennt die Deutsche Volkspartei an; sie ist nach den von ihr abgegebenen Erklärungen davon überzeugt, daß die Erkenntnis auch bei dem Zentrum im lebhaft ist; es wird Sache des Zentrums sein, seine theoretische Erkenntnis in die Praxis zu überführen; soweit es Grundzüge und politische Überzeugung zulassen, wird die Deutsche Volkspartei diesem Bemühen ihre Unterstützung gewähren.“

Der „Vorwärts“, der nicht fortsetzt, geht, wie die „Soz. Rev.“, die der Volkspartei auch die „Verhandlungsfähigkeit“ abspricht, bemerkt demnach: